

Politiker wollen alle Kanti-Standorte völlig neu beurteilen

MITTELSCHULEN Jetzt sollen alle Ausbaupläne auf Eis gelegt werden. Parlamentarier verlangen neue Fakten.

Die Kantonsschule platzt aus allen Nähten und benötigt dringend neuen Schulraum. Dieser sollte mit Ausbauprojekten in der Luegeten (Kanti), an der Zuger Hofstrasse für die Fachmittelschulen (FMS und WMS) und dem Kantonalen Gymnasium Menzingen (KGM) geschaffen werden. Noch dieses Jahr, so sah es der Fahrplan des Regierungsrates vor, hätte der Kantonsrat die Kredite dafür genehmigen müssen. Vor rund drei Wochen kam erstmals Dynamik in die Diskussion, weil der Landbesitzer des Allmendhofs im Chamer Röhrliberg signalisierte, dass er nun doch verkaufswillig sei, nachdem er vor fünf Jahren den Verkauf noch abgelehnt und damit eine Kanti-Erweiterung im Ennetsee verunmöglicht hatte.

Alternative kritisieren Baudirektor

Die Regierung signalisierte ihrerseits (wir haben berichtet), dass sie bereit sei, die Kreditanträge für das KGM, FMS und WMS sowie die Kantonsschule in Zug vorerst zu sistieren, bis die Standortfrage definitiv geklärt sei. Sehr zum Ärger der Alternative-die Grünen (AGF). Sie geisselte postwendend in einer Medienmitteilung dieses Ansinnen und warf dem Baudirektor vor, Schulraumnot zu riskieren. Die AGF stehe nach wie vor zur vom Kantonsrat mit grossem Mehr beschlossenen Standortplanung für die kantonalen Mittelschulen. «Dafür sprechen viele gute Gründe – unter anderem die viel tieferen Kosten, da vorhandene Schulbauten günstig genutzt werden können, sowie der Vorteil von eigenständigen Schulprofilen dank verschiedener Standorte», betont Kantonsrat Stefan Gisler (Zug). Nach der aufwendigen, über drei Jahre dauernden Planung könne der Kantonsrat über die Kredite für die Erweiterungen dieses Jahr befinden, und die dringend benötigten Schulräume könnten endlich gebaut werden. Daran sei grundsätzlich festzuhalten.

Soll ebenfalls wieder in die Überlegungen einbezogen werden: das Theiler-Areal in der Stadt Zug.
Bild Werner Schelbert



Marschhalt

Monika Barmet und Frowin Betschart (beide CVP) sowie Karl Nussbaumer (SVP, alle Menzingen) fordern jetzt mit einer Motion einen Marschhalt. Nachdem plötzlich der Standort Cham wieder zur Debatte stehe, erfordere dies eine sorgfältige und umfassende Analyse. «Dazu ist ein Stopp bei allen Planungen inklusive Bau der Turnhallen und Bau der Provisorien auf dem Areal der Kantonsschule nötig», stellen die Parlamentarier fest. Eine komplette Auslegerordnung könne man nur machen, wenn alle Projekte zur Debatte ständen, denn die Ausgangslage – so Monika Barmet – habe sich mit der Kehrtwende des

Chamer Landeigentümers grundlegend verändert. «Das respektieren wir. Es müsse aber in der Diskussion um die Sache gehen und nicht um Ennetsee oder Menzingen. «Wir wollen, dass auch über den Standort Menzingen diskutiert wird.» Es sei wichtig, dass die Kantonsschule in Zug schnell entlastet werde und nicht viel Zeit verloren gehe. Das sei ein triftiger Grund, weiterhin am Standort Menzingen festzuhalten. Die Richtplanänderung sei gemacht, die Planungen fortgeschritten, der Erweiterungsbau könne sofort umgesetzt werden. «Bis in Cham ein konkretes Projekt mit Richtplanänderung und Projektwettbewerb steht, dauert es noch mehrere

Jahre. Nur mit drei Standorten können die regionalpolitischen Interessen und der bewährte Bildungsstandort Menzingen weiterhin berücksichtigt werden», betonen die drei Kantonsräte.

Kantonsrat muss entscheiden

Langfristig, so argumentieren Barmet, Betschart und Nussbaumer weiter, «können sich ergänzend zur Kantonsschule Zug das 4-jährige Gymnasium in Menzingen, die WMS/FMS und ein Langzeitgymnasium in Cham befinden». Zur Evaluation gehöre auch eine Zusammenstellung der gemachten Ausgaben für die Planungen und Transparenz bei den verschiedenen Kosten

(inklusive Land). «Es sind bereits rund 12 Millionen Franken investiert. Für mich wäre es eine äusserst saloppe Haltung, wenn man dieses Geld einfach so ohne umfassende Begründung abschreiben würde», meint Monika Barmet. Dies könnte und wolle sie gegenüber den Steuerzahldern nicht verantworten. Die AGF könnte sich, auch wenn sie grundsätzlich an der bisherigen Planung festhalte, mit einer solchen Vorgehensweise einverstanden erklären. «Aber entscheiden muss der Kantonsrat und nicht der Baudirektor», betont Stefan Gisler.

FREDDY TRÜTSCH
freddy.truetzsch@zugerzeitung.ch